PB.L-01-582

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	KV Rhein-Pfalz-Kreis
Beschlussdatum:	15.04.2021

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 581 bis 583 einfügen:
Bohrabfällen und auch durch die Abfackelung von Gas giftige Stoffe aus. Wir setzen uns für ein Ende der Förderung fossiler Energieträger ein. Im Bergrecht wird dem Interesse des Bergbaus weitgehend Vorrang vor den Interessen und Rechten von Bürger*innen und Kommunen eingeräumt. Wir wollen das Bergrecht novellieren, um umfassende Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten herzustellen und Anwohner und Umwelt besser zu schützen.In der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) wollen wir einen sofortigen Stopp neuer Öl- und Gasbohrungen umsetzen

Begründung

Parallel zum notwendigen Ausstieg aus fossilen Energieträgern werden in Deutschland weiterhin Erkundungsbohrungen (z.B. für Öl in der Vorderpfalz) beantragt und genehmigt bzw. stehen vor einer Genehmigung. In der Planungs- wie auch in der Genehmigungsphase findet keine gleichwertige Interessenabwägung zwischen Bergbauunternehmen und anderen Antragsstellern einerseits und Bürger*innen und Kommunen andererseits statt. Selbst Umweltverträglichkeitsprüfungen erfolgen nicht immer. Daher ist eine umfassende Reform des Bergrechts – wie wir das in vielen Wahlprogrammen in der Vergangenheit gefordert haben – dringend erforderlich. (Gerne kann der Text auch an einer anderen Stelle eingefügt werden)